

Bekanntmachung

Diejenigen Personen, die an dem unentgeltlich zu erteilenden französischen Unterrichtskursus teilnehmen wünschen und sich auf der Bürgermeisterei haben einschreiben lassen, haben ihren Unterricht an den nachstehend näher bezeichneten Tagen, Stunden und Orten. Die Reihenfolge der Namen ist am linken Rande verzeichnet.

1. Männliche Personen ohne Kenntnis der französischen Sprache

Montag				
Namen anfangend mit	Saal	Schule	Stunde	Lehrer
A. Ba	22 II	Luisenstraßeschule	4 ¹ / ₂ —5 ¹ / ₂	Rosant
B. Bl	40 II	Bleichstraßeschule	dto	
B. Bo, Br	26 II	Luisenstraßeschule	5 ¹ / ₂ —6 ¹ / ₂	Rosant
B. C. Da	22 II	dto.	dto	
B. D. Do, Eb, Ec, Ed, Eg, Eh	39 II	Bleichstraßeschule	dto	
B. Em, En, Er, Es, Et, Ev, Fa, Fe	40 II	dto.	dto	
F. Fl, Fo, Fr, Fu	22 II	Luisenstraßeschule	6 ¹ / ₂ —7 ¹ / ₂	
G. Ga, Gi, Gj, Go	40 II	Bleichstraßeschule	dto	
G. Gr, Ha	22 II	Luisenstraßeschule	7 ¹ / ₂ —8 ¹ / ₂	Rosant
Ha, Hi	40 II	Bleichstraßeschule	dto	

2. Männliche Personen, die schon französische Kenntnis besitzen

		Montag		Dienstag	
L B	.	11 I	Luisenstraßenschule	4 $\frac{1}{2}$ - 8 $\frac{1}{2}$	Devaux
C D	E F	38 II	Bleichstraßenschule	ditto	Carpentier
E H	.	10 I	Luisenstraßenschule	6 $\frac{1}{2}$ - 7 $\frac{1}{2}$	Devaux
L K	.	10 I	ditto	7 $\frac{1}{2}$ - 8 $\frac{1}{2}$	Kaltwasser

3. Weibliche Personen ohne Kenntnis der französischen Sprache

		Montag			
A	C	26 II	Luisenstraßeschule	4 $\frac{1}{2}$ —5 $\frac{1}{2}$	Inizan
D		37 II	Bleichstraßeschule	dto	
E		39 II	dto.	dto.	Jechoux
Fa	I	11 I	Luisenstraßeschule	5 $\frac{1}{2}$ —6 $\frac{1}{2}$	Calen
Ge		38 II	Bleichstraßeschule	dto	Mallet
Hi	Bo	11 I	Luisenstraßeschule	6 $\frac{1}{2}$ —7 $\frac{1}{2}$	Calen
Br	Bu	26 II	dto.	dto	Inizan
Fa	Fl, Fl, Fo	37 II	Bleichstraßeschule	dto	
Fr	Fu, Fe	38 II	dto.	6 $\frac{1}{2}$ —7 $\frac{1}{2}$	Mallet
Gr	Ge, Gl, Gl, Go	39 II	dto.	dto	Jechoux
Gu	Gu, Hi	11 I	Luisenstraßeschule	7 $\frac{1}{2}$ —8 $\frac{1}{2}$	Inizan
Ha		26 II	dto	dto	
Ho		38 II	Bleichstraßeschule	dto	
		39 II	dto.	dto.	Jechoux

4. Weibliche Personen mit französischen Sprachkenntnissen

Montag				
A, Ba, Bc, C	10 I	Luisenstraßenschule	$4\frac{1}{2}$ - $5\frac{1}{2}$	Kaltwasser
Ba, Bo, Br, Bu, D	10 I	dto.	$5\frac{1}{4}$ - $6\frac{1}{2}$	dto.
E, G	37 II	Bleichstraßenschule	dto	Carpentier
	37 II	dto.	$7\frac{1}{2}$ - $8\frac{1}{2}$	dto.

Alle diese Stunden beginnen am Montag, den 1. Dezember.

Die Veröffentlichung des Gesamtunterrichtsplanes erfolgt in nächster Nummer

Die offiziöse Warnung

Das offizielle Organ der deutschen Regierung, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, faßt sich vernehmen, im Auftrage des Reichskanzlers Bauer der sündigen Menschheit Buße zu predigen. Die Herren, welche Jahrzehnte daraufhin arbeiten, der Bestand Preußens und Deutschlands zu untergraben, welche die Massen um der Agitation willen in kurzen Zeitabständen immer wieder auf der Straße demonstrieren lassen, welche schließlich das ganze Reichsgebäude niederreißen und damit die höchste Unordnung schaffen, verlangen jetzt auf einmal mehr politisches Verantwortungsgefühl! Sie fordern, daß man der Regierung Vertrauen entgegenbringe und den Unstufen verhindere. Diese Warnung richtet sich doch wohl an die Unabhängigen und Spartakisten? Denn sie sind es ja, die auf eine neue Revolution sinnen und der Diktatur des Proletariates zum Siege verhelfen wollen. Jedes Mittel ist ihnen dabei naturgemäß recht. Und da manche glauben, ohne neue Revolution sei nichts zu erreichen, sucht man die Reime der Verfehlung in das Meer hinauszutragen. Insofern weit gerichtet, das offizielle Organ der Regierung sieht Unabhängige und Spartakisten als gefährliche Gegner an, der Feind steht eben laut solche Scheidemann rechts. Mit der Finken will man seinen Kampf beginnen, denn die Einheitsfront muß unter allen Umständen hergestell werden. Es ist möglich, daß über die Einigung auch einige Zeit vergehen wird; erfolgt sie noch, während die Nationalversammlung tagt, dann wären inner- und außerpolitische Erschütterungen die notwendige Folge. Darum mag bei manchem der Behreken vorhanden sein, die Verdröberung ist im Frühjahr eintreten zu lassen, und dann den Kampf auf Leben und Tod gegen das Bäckerium zu führen. Zu verlangt es einer der prominenten mehrheitssozialistischen Einigungspropheten. Zu diesem Grunde wird immer scharfer gegen rechts gemeldet. Roske ist still geworden, und mit ihm alle diejenigen, welche den Kampf gegen die Finken propagierten. Den Sozialisten sind besonders die deutschnationalen Berliner Demonstrationen in die Glieder gefahren. Das Verhalten der Deutschnationalen wird als penibleses Gebundenwort, die Demonstrationen wählten außerordentlich erbitternd wirken. Darum verlangen die Verbreiter entsetzliche Zurückhaltung, im anderen Falle wollen sie jede Agitation im Reime erlösen.

Doch also ist die Freiheit im neuen Deutschland. Diese Freiheit wird enger umgrenzt als in den Zeiten des Kaiserthums; man erkennt an der Ordnung, wie sehr die Demonstrationen den Herrschern in die Glieder gefahren sind. Nun ist es durchaus begreiflich, daß sich die glühendsten Feinde der Macht an ihren Zetteln flammern und jeder demokratischen Auflösung nach Trop den politischen Ozean niederzuknappen bereit sind. Doch damit nicht für die Censurkritik der Fall nicht erledigt. Die Gewalt ruht befehlend nach der neuen

Staatsverfassung in der Hand des Volkes. Die Massen des Volkes haben also das Recht, für ihre Ideen zu demonstrieren. Es ist selbstverständlich, daß diese Demonstrationen sich auf gesetzlichem Boden zu bewegen haben. Wie lagen die Dinge? Hindenburg und Ludendorff wurden vor den Untersuchungsaußenhof gestellt, um sich dort durch Eohn — einen bedenklichen Vertrauensmann der russischen Volkswemiten — und Einzelmer ausfragen zu lassen. Steigende Empörung ergriß das deutsche Volk ob der Dreifigkeit Berlins. Deutschnationale und Deutsche Volkspartei hatten von allem Anfang an in Uebereinstimmung mit einem großen Teile des Zentrums diese erbärmliche Tragödie bekämpft. Die Vorgänge bei der Verhandlung schlugen dem Volk den Boden aus. Fast die gesamte Zentrumspreffe, der sich der größte Teil der demokratischen anschoß, verlangte Aufklärung. Die ungeheure Mehrheit des deutschen Volkes hatte also ihren Urteilsanspruch abgeben. Als betrübte Beobachter fanden die Mehrheitssozialisten da. Einen kleinen Auschnitt aus der Erregung dieser Tage bildeten die Demonstrationen in Berlin. Die Sozialdemokratie hatte ihnen nichts entgegenzusetzen. So appelliert sie jetzt an die Macht, sie will mit Gewalt künftige Ereignisse im Keime erlöchen, wenn nicht die anderen ihrer Aufopferung folgen und mehr politisches Verantwortungsgefühl an den Tag legen. Das deutsche Volk bedankt sich für die Bezeichnung und Warnung. Es verlangt einfach das Recht der freien politischen Betätigung. Selbstverständlich darf darunter nicht das Gemeinwohl des Staates leiden. Das ist aber bisher durch Demonstrationen des Bürgertums noch nicht geschehen. Die Sozialdemokratie mag also ihre Drohungen an die Brüder zur Einsicht richten.

Das Regierungsgeschehen geht noch weiter. Wenn versucht werden sollte, die Kirche für politische Zwecke zu mißbrauchen, dann werde man energisch einschreiten. Da wir wissen, was die Sozialdemokraten unter dieser Redewendung verstehen, so wird es angebracht sein, daß die Zentrumsfraktionen ein deutliches Wort reden. Selbstverständlich hat die Kirche das Recht, ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen. Die Ausführungen des Münchener Erzbischofs wurden im ganzen katholischen Deutschland mit warmer Zustimmung aufgenommen. Ebenso hat sich das ganze katholische Volk über den Protest des Episcopates gegen mehrere Paragraphen der neuen Reichsverfassung geäußert. Die Katholiken erkennen da, daß es doch noch eine Stelle gibt, welche der sozialistischen Tyrannie den Kampf ansetzen gewillt ist, die nicht schwächliche Kompromißpolitik treibt, sondern die Grundsätze in den Vordergrund stellt.

Für die Zukunft wird die Kirche voraussichtlich
gezwungen sein, noch mehr als bisher aus ihrer
Reserve hervorzutreten. Denn leider erkennen
wir, daß die Verfassung noch mancher Mängel
hin in den Augen der Demokraten und Sozialdemo-
kraten als wertloser Leinwand Papier ansehnlich wird.

Insbesondere will man die Bestimmungen hinsichtlich der Schule durch die einschlägigste Gesetzgebung praktisch besetzen. Die Herrschaften werden sich ändern; denn die Geduld der breiten Schichten, die zu uns stehen, ist seit langem erschöpft. Man muß drohen und toben, man muß die härtesten Maßnahmen ankündigen, es wird zwecklos sein. Durch Zwangsmittel glänzt sich die Sozialdemokratie halten zu können. Sie wird sich aus ihrem Traume aufgerüttelt werden. Denn natürliche und göttliche Rechte stehen höher als das Marxistische Parteiprogramm.

Die deutschen Kriegsgefangenen

Ein Differenz aus der Schweiz
 von Herrn M. Rued. (Schweiz. Rev. Mag.) Der
 vom Schweizer Bundesrat angegebene Kautzel
 in Sachen der Kriegsgefangenen lautet:
 Geleitet von einem höheren humanitären Inter-
 esse, haben neulich über hundert Mitglieder des
 Schweizer Nationalrats eine Motion, der sich der
 Rat mit Einstimmigkeit anschloß, eingelegt, die den
 Bundesrat ersucht, bei den kältesten Regierungen
 Schritte zu unternehmen, um die möglichst schnelle
 Heimkehr der so fern von ihrem Vaterlande
 zurückgehaltenen Kriegsgefangenen zu erlangen.
 Unter diesen hob die Motion besonders die in Si-
 biren und in Frankreich befindlichen Gefangen-
 en sowie die aus Deutschland noch nicht heimbe-
 rückten russischen Gefangenen hervor. Der Bundesrat
 konnte diese Ausdeutung, die so ganz den Gefühlen
 der öffentlichen Meinung in der Schweiz entspricht,
 nicht nur in vollkommenem Sinne entgegennehmen.
 Während der ganzen Dauer des Krieges hat sich
 die Schweiz immerfort angelegen sein lassen, ihr
 Theil zur Befreiung und Verrückung des harten
 Loses der Kriegsgefangenen und Zivilinternierten
 beizutragen. In dieser Hinsicht ist sich der Bundes-
 rat bewußt, seine sich bietende günstige Gelegen-
 heit sich entgegenen lassen zu haben. Infolge des
 Umstandes, daß mehrere der kriegführenden
 Staaten die Wahrung ihrer Interessen in den krieg-
 lichen Ländern ihr anvertraut hatten, war es der
 Schweizer Regierung und ihren Vertretern im
 Auslande vergönnt, unabhängigen in der Gewalt der
 beiden kriegführenden Parteien befindlichen Gefan-
 genen ihren Verstand und ihre Fürsorge anzu-
 kommen zu lassen. Abgesehen von der Internie-
 rung Kriegsgefangener in der Schweiz und der
 Heimkehr derselben, als Vermittler beiden dienen
 zu können angeht, das Abfließen mehrerer Ver-
 einbarungen zwischen den kriegführenden Staaten,
 durch welche Abkommen der Kriegsgefangenen die
 dahin unbekante Befreiung ihrer Behandlung ge-
 rührt wurde. Die auf diesem Gebiete so wirk-
 samste Thätigkeit des Internationalen Komitees
 vom Roten Kreuz sowie des Schweizer Roten
 Kreuzes brandet an dieser Stelle nicht besonders
 hervorzuheben zu werden. Heute ist die Mehrzahl
 dieser Opfer des Krieges den Eltern und ihrem
 Lande wiedergegeben; aber es ist ein tief betrüb-
 liches Gedanke, daß dieses Werk der Verrückung ein
 Jahr nach Ablauf des Waffenstillstandes Hundert-
 tausenden von Gefangenen noch nicht zureichend
 ist, die weiterhin in Ungewißheit und Qual
 den Tag ihrer Erlösung erwarten. Der Bundesrat
 vertritt in keiner Weise die Schwierigkeiten tech-
 nischer Art, die sich bisher geltend gemacht haben
 und auch heute noch der Heimkehr einer großen
 Zahl der Kriegsgefangenen hinderlich sind, insbe-
 sondere derjenigen, die in den weiten und oft
 unwirtlichen Gebieten Sibiriens aufgeführt werden
 müssen. Wohlbekannt sind auch die Anstrengungen,
 die verübt werden, und die beträchtlichen Gelder,
 die von den Regierungen und zahlreichen Rote
 Kreuz-Vereinigungen bewilligt worden sind, um
 alle diese Hindernisse zu beseitigen. Aber in welchem
 Maße immer diese Gefangenen noch zurückbehalten
 werden und welches auch die Gründe der un-
 begründeten Verlängerung dieser Gefangenschaft sein
 mögen, so muß dies bei ihnen und ihren Familien
 bittere Enttäuschung und tiefste seelische Bedrückung
 hervorgerufen, und eine wahre soziale Gefahr könnte
 aus dem Geisteszustande ergeben, der hundert-
 tausende einer solchen Prüfung unterworfenen
 Männer unbefähigt zu erfassen droht. In Ver-
 achtung der laut bekundeten Wünsche des Parla-
 ments und des Schweizer Volkes und getreu den
 humanitären Lehrlagen, welche den Bundes-
 rat stets gegenüber allen Kriegsgefangenen gelei-
 tet haben, glaubt er bei Anbruch des Winters noch
 einmal die hochherzige Aufmerksamkeit der ver-
 ehrten Regierungen auf die traurige Lage der noch
 nicht befreiten Gefangenen hinweisen und an diese
 die insbändige Bitte richten zu sollen, alles zu thun,
 was in ihrer Macht steht, um endlich den entsetz-
 lichen seelischen und körperlichen Leiden dieser
 Kriegsopfer ein Ziel zu setzen.

Das Rheinparlament

Am 30. Nov. Die „Alln. Ztg.“ schreibt: „Auf rheinischen Zentrumstreffen der Nationalversammlung wird die Regierung in Frage, ob sie, um den aus den Artikeln 264, 268, 269 und 275 des Arbeitsvertrages beschützten Schützlingen vorzuziehen, ein Rheinparlament einberufen will.“

Gotthein 1917

München, 30. Nov. Die Münchener St. veröffentlicht heute eine Erinnerung vom 29. November 1917, wo Goethe in München eine Rede hielt, die weit über das hinausging, was Hochschulrat v. Tirpitz in München verlangt hatte. Die Stelle dieser Goetheschen Rede lautet:

"Hochschulrat v. Tirpitz hat kürzlich in München erklärt, daß unser Volk die Bedeutung der ungeheuren Verluste, die es in diesem Kriege erlitten, noch gar nicht voll erfasst habe. Trotzdem brauchen wir nicht pessimistisch zu sein wie Tirpitz. Erwägen konnten wir eine Kriegsende nicht nur dadurch, daß wir das besetzte Gebiet des Landes, das dezimiert ist, so lange besetzt halten, bis es abgebaut ist. Die Sorge, daß unsere Heine bis weitgehend gegen uns abgebaut könnten, ist, wenn Deutschland fluge Punkt zu machen verheißt nicht ausgeschlossen. Wir können

schick, der uns nicht die volle Weisheitsbegriffsklausur überreicht, bringt uns unseren Staatsangehörigen die Möglichkeit, in den Händen unserer gegenwärtigen Feinde ihrem Erwerb nachzugehen, ein solcher Friedensschluß würde in der Tat ein Verzichtsfrieden, ein Hungerfrieden sein. Wir verlangen die offene Tür in allen Kolonien und auch unsere in fremden Ländern. Die beschlagnahmte Schiffstonnage muß uns wieder gegeben werden. Vor dem Kriege haben wir 1800 Mill. Mark jährlich für Meer und Flotte ausgegeben. Nach dem Beenden dieses Krieges müssen wir mindestens 3 bis 4 Milliarden Mark."

„Freie Bahn dem Tüchtigen“

Rürnberg, 30. Nov. Im „Fränk. Kurier“
 finden wir ein Aushängeschild für die Umfassung
 des Grundbesitzes: „Achte Dehn dem Tüchtigen!“
 In die Praxis, das jeder Commentar in seiner Wir-
 kung nur bestätigen konnte. Das Blatt erzählt:
 „Der sozialistische Staatsrat Gabeliger (Abgeord-
 neter für Nürnberg) ist scheint ihm die neue Zeit
 recht gut zuwende zu machen. Er hat seinen Schwa-
 ger, der bislang Zimmergehilfe war, von
 seiner Arbeit weggeholt und ihn turndurch zum
 Ministerialsekretär gemacht, wo er natür-
 lich ganz anders verdient als in seinem früheren
 Berufe. Auf die nötigen Beihilfen kommt es an-
 scheinend gar nicht an. Der Mann ist also totes
 Viehl in der Reite, das Volk sollt es schon. Welcher
 Minister hat diese Ernennung unterzeichnet?
 Braucht man seinen Befähigungsnachweis an?
 Eintritt in die bayerische Beamtenliste mehr?“

Extraktuern 10%

in Berlin, 30. Nov. In der gestrigen Sitzung des Reichstages wurden das Kapitalertragsteuer-
gesetz und das Reichseinkommensteuergesetz nach den
Beschlüssen des Ausschusses angenommen. Zu er-
wähnen ist noch eine von dem Ausschuss zum An-
wiesungsertragsteuer vorgeschlagene Veränderung.
Während die Vorlage Dividendenscheine
mit 20 Prozent und andere Papiere nur mit
10 Prozent vom Ertrage besteuern wollte, sieht der
Ausschuss die Ertragsteuer allgemein auf
10 Prozent fest.

Arbeiterkromalle

mz. Berlin, 1. Dez. Ueber Anträge auf der
Zusammenkunft wird verschiedenen Blättern aus Ham-
burg berichtet: Nach einer Bekanntmachung der
genannten Verti wurden gestern Veranlassungen
der amertschschisch organisierten Arbeiterschaft
der Verti durch mehrere hundert Infradiale
Nigelster geführt, und dabei kam es zu derartigen
Gewalttätigkeiten, daß die Fortsetzung des ent-
stehenden Streites mit schweren Verhältnissen der Be-
triebsbedingungen und mit einer Gefährdung der
Sicherheit des Personals rechnen lassen mußte. Von
einer gemeinsamen Arbeit könne unter diesen Um-
ständen keine Rede sein. Das Verti werde sofort
geschlossen werden und so lange geschlossen bleiben,
bis die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung ge-
sichert erscheine. Infolge wird die Entlassung der
orientalen Arbeiterschaft ausgeschrieben.

Pausbuben

Berlin, 20. Nov. Vor einigen Tagen wurde der Apparat des B. H. in Bewegung gesetzt, um eine „Druckung“ des obersten Schülerrates der verschiedenen Gymnasien von Berlin B. den Landesleitungen zu übermitteln. Dem Reichswehrminister war ein Brief dieses angeblichen Schülerrates zugegangen, in dem mit einem Schülerkreise gedroht wurde, falls der Minister nicht sofort den wegen einer Hindenburg-Grube gegen Exz. v. Bülow verhängten Arrest aufhebe. Unterzeichnet war der Brief mit B. Derbert u. Helde, Kurt Boelfe und Fritz u. Kallstuck. Das Reichswehrministerium hat dem noch das Winterium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung beauftragt, Anschuldigungen wegen dieses „obersten Schülerrates“ zu treffen.

Die der „ersteren Lokalanzeiger“ durch Umfrage bei den meisten Schulleitern festgestellt hat, ist folgende: eines von einem oberken Schulleiter bekannt. Es sind in West-Berlin auch nicht einmal Träger des Namens „Latino“ vorhanden; auch die anderen Namen sind offensichtlich unecht. Es bedürfte schon einer ganzen Portion von politischer Fälschtheit, um diesen Briefe Bedeutung beizumessen.“ sagt der „Lokalanzeiger“.

Gillige Uhren

dr. Berlin, 1. Des. Der Berliner „Kosmos“ berichtet: Die Mannschaft des deutschen Seglers „Reister“, der von Hamburg kommend, in Derford vor Anker ging, verkaufte den Hafenarbeitern Nahrungsmittel für fünf bis sechs Schilling das Stück. Die gleichen Waren seien in London 2 Schilling.

*

Verford, 27. Nov. Vor kurzem wurde hier der 1. B. -Einschreibungs-Feiern unter dem Vorzeichen des Einbruchs in eine Agitation durch ein Vahdeestantent. Zahl mader Verordner Blätter Mittheilung über einen weiteren Bericht dieses Jamases „Goldvertreiers“. Tatsach wurde von mehreren Wochen einem Konflikt und Vöhr in Verford in der Verordnungsung geborender Wagon Schamps, der angeblich in Ländbrud hand, zum Werte von 20.000 Mark angeboten. Das Geschäft wurde abgelehnt, und der Konflikt zahlte die 20.000 Mark gegen Quittung an den „Einsetzer der Verordnungsung“, der die Abwändlung in Ländbrud „unter 10 Jahre“. Das Geld war bezahlt, aber der Schamps blieb ein. Der Käufer schloß Verordner und bezahl sich nach Verford zur Verordnungsung. Vor nicht viel dann mit Hilfe der Amerikaner heraus, den der „Einsetzer der Verordnungsung“ und der Einschreibungs-Feiern (den Verordner ein von Köln kommende Feiern) ein und dieselbe Verordner waren. Folgt gefand auch, als über die Quittung mit seiner Handwritten vorzulegen wurde, der Tat ein und gab sein Verordnerpreis, in den ein der Handwritten hatte.

NB. Der 4-jährige meines Wetterkalenders
pro 1910 mit Angabe der Witterung jeden Tag des
ganzen Jahres ist erschienen und kann durch jede
Buchhandlung bezogen werden. Ebenso die neuen
Wetterberichtigungen 3. Auflage.
Gründungen, im November 1910.
Rathhaus, Schmeider-Strasse 10.

